

Jürgen Klute: Meine Anmerkungen zu dem ungen folgendem Leserbrief:

... danke für den Artikel. Hier und da hört man, dass sich die USA den Zugriff auf die Rostoffen in der Ukraine gesichert haben sollen als Gegenleistung für die finanziellen und militärischen Hilfen.

Ja, es ist eigenartig, dass kaum über die Bodenschätze geredet wird. Dass es in Kriegen immer auch – wenn nicht gar primär – um ökonomische Interessen geht, ist in der Konfliktforschung Proseminarwissen (ich habe das über eine Bekannte aus Brüssel, die an der Uni in Gent „Conflict and Development“ studiert noch einmal mitbekommen) und in der Linken sollte das seit Marx auch nicht ganz unbekannt sein.

Andererseits passt der Blick auf ökonomische Interessen vielleicht nicht richtig zu einer wertegeleiteten Außenpolitik. Wertegeleitete Außenpolitik scheint eine Tendenz zu haben, die Welt in Gut und Böse aufzuteilen. Solange ich Putin als Fanatiker darstelle, der nur von der Wiederherstellung des großrussischen Zarenreiches träumt (was ja ziemlich irrational ist – es sein denn, ich verstehe das als begleitendes Narrativ zur Einbettung der ökonomischen Interessen), ist er eindeutig der Böse und der Westen steht eindeutig auf der Seite des Guten. Richtet man den Blick aber auf die ökonomischen Interessen, dann passt Gut und Böse als Kategorien nicht mehr, weil es ja beiden Seiten um ökonomische Interessen geht und damit verbunden um Macht und Einfluss. Einfacher Streit ist natürlich legitime. Von beiden Seiten.

Ich stimme mit dem Autor des Artikels allerdings in einem Punkt nicht überein. Er sagt, Russland hätte den zugriff auf die Rohstoffe der Ukraine nicht nötig. Das ist eine mehr als naive Einschätzung. Zum einen basiert die russische Ökonomie zu rund 60 bis 70 Prozent auf dem Export von Öl, Gas und Kohle und der russische Staatshaushalt basiert zu etwa 40 % darauf. Russland hat zwar auch andere Rohstoffe, aber die können nicht so ohne weiteres die Exporterlöse der fossilen Energieträger ersetzen.

Zum andren geht es auch nicht allein um die Frage, ob Russland ökonomisch auf die Rohstoffe der Ukraine angewiesen ist. In dem n-tv-Artikel, den du mir ebenfalls vor ein paar Tagen geschickt hast, heißt es ja, dass in der Ukraine 30 strategische Rohstoffe lagern, die für die (EU-)Energiewende relevant sind. Dass bisher vor allem China über diese für eine Energiewende wichtige Rohstoffe verfügt bzw. einige afrikanisch Länder, in denen aber sowohl China als auch Russland aktiv sind, gilt aus politischer Sicht ja als Schwachstelle für die EU-Energiewende. Deshalb wird ja auch verstärkt nach Vorkommen in Europa gesucht.

Wer Zugriff auf diese Rohstoffe hat, kann natürlich über Preise und Fördermengensteuerung und über die Zuteilung an Nachfragende politischen Einfluss nehmen. Das gilt im übrigen auch für die Getreideproduktion: Russland und die Ukraine produzieren zusammen rund 28 Prozent der weltweit produzierten Getreidemenge. Wer den Zugriff auf die Preise und die Verteilung von solchen

Getreidemengen hat, der kann darüber mehr politischen Druck ausüben als es mit Militär möglich wäre. Essen müssen Menschen nun mal jeden Tag.

Während meiner Zeit im EP habe ich mit meiner kolumbianischen Assistentin über Rohstoffhandel diskutiert. Einige lateinamerikanische Länder verfügen ja auch über große Rohstoffvorkommen. Durch Handelspolitik und Schuldenpolitik hat der Westen ja immer wieder starken Einfluss auf diese Länder genommen. Die Antwort der lateinamerikanischen Länder – oder zumindest der dortigen Linken – war, mehr Souveränität über die eigenen Rohstoffe zu bekommen. Meine Position war immer, dass es keinen generellen Unterschied macht, wenn einzelne Länder oder Blöcke die alleinige oder eine dominante Kontrolle über Rohstoffe haben. So oder so führt das zu (ökologisch oft bedenklichen) Abhängigkeiten, die mal der einen, mal der anderen Seite mehr Erpressungspotential gibt.

Für mich ergibt sich daraus die Frage, ob Rohstoffe aufgrund ihrer Bedeutung für alle Menschen bei gleichzeitig ungleicher Verteilung auf dem Globus nicht international durch beispielsweise eine Abteilung der Uno verwaltet, gewonnen und verteilt werden müssten. Ich weiß, dass das heute utopisch klingt. Aber angesichts der Klimakatastrophe könnte das ein Weg oder gar eine Notwendigkeit auf Dauer sein.

Grüße, Jürgen

Kein Weg zum Frieden ohne Verhandlungen

Zum Krieg Russlands gegen die Ukraine:

Man kann sich nur freuen, dass wir als Friedensbewegung immer wieder auf US-amerikanische Quellen zurückgreifen können. Diesmal geht unser Dank an den republikanischen Senator Lindsay Graham, der am 9. Juni 2024 in einem Interview mit „Face the Nation“ des Senders CBS News uns Folgendes wissen lässt:

„[Die Ukraine] sitzt auf zehn bis zwölf Billionen Dollar an wichtigen Mineralien in der Ukraine. Sie könnte das reichste Land in ganz Europa sein. Ich möchte dieses Geld und dieses Vermögen nicht Putin geben, damit er es mit China teilen kann.“

Wenn wir der Ukraine jetzt helfen, kann sie der beste Geschäftspartner werden, von dem wir je geträumt haben. Diese zehn bis zwölf Billionen Dollar an wichtigen Bodenschätzen könnten von der Ukraine und dem Westen genutzt werden, anstatt sie an Putin

und China zu verschenken. Es ist eine sehr große Sache, wie die Ukraine endet. Helfen wir ihnen, einen Krieg zu gewinnen, den zu verlieren wir uns nicht leisten können. Lassen Sie uns eine Lösung für diesen Krieg finden. Aber sie sitzen auf einer Goldmine. Putin zehn oder zwölf Billionen Dollar an wichtigen Mineralien zu geben, die er dann mit China teilen kann, ist lächerlich.“

Die Frankfurter Rundschau hat am 14. Juni 2024 dieses Interview unter der Überschrift „Kampf um Bodenschätze“ aufgegriffen.

In Wiesbaden errichtet die Nato eine Koordinierungsstelle, um die milliardenschwere Unterstützung für „den Schutz der Ukraine“ (OP vom 15. Juni 2024) zu organisieren.

Der Griff der USA nach den „zehn bis zwölf Billionen Dollar an wichtigen Bodenschätzen“ erscheint in der deutschen Übersetzung als „Schutz der Ukraine“. Russland ist übrigens auf die

Bodenschätze der Ukraine überhaupt nicht angewiesen; es hat selbst genug.

Wir müssen doch sehen, dass von den USA billigend in Kauf genommen wird, dass ein großer Krieg Europa zerstören könnte. Statt mit Russland zu verhandeln, wird es zur Friedenskonferenz in der Schweiz am 15./16. Juni 2024 erst gar nicht eingeladen.

Warum wehren wir uns nicht? Und noch einmal: Russland hat die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen. Dies ist kein Grund, jetzt nicht zu verhandeln. Es wird keinen Weg zum Frieden geben, wenn wir nicht endlich verhandeln.

Wir sagen Nein zu einer Politik, die im Interesse des US-Kapitals, des militärisch-industriellen Komplexes und der Rüstungsindustrie das Recht aller Menschen und der Natur auf ein Leben in Frieden angreift. Wir verlangen Verhandlungen sofort!!!

*Dr. Ilina Fach,
Marburg*